

Stellungnahme

im Rahmen des Konsultationsprozesses über ein gemeinsames Wort der Kirchen

Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland

Prof. Dr. Roland Geitmann

1. Vorsitzender der Christen für gerechte Wirtschaftsordnung e.V.

Januar 1995

Wir sind eine ökumenische Gruppe für Forschungs- und Bildungsarbeit zu Fragen gerechter Wirtschaftsordnung, insbesondere des Geldwesens, der Bodenordnung und des Steuersystems, mit zur Zeit rund 150 Mitgliedern aus nahezu allen Bundesländern. Wir begrüßen es, dass die Kirchen ihrem geplanten gemeinsamen Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage einen Konsultationsprozess voranstellen, und möchten uns hieran beteiligen. Wir bedanken uns für die Diskussionsgrundlage, die auch und gerade durch ihre Lücken und Mängel das Gespräch belebt und zur Vertiefung auffordert.

1 Auftrag

Wenn die Kirchen ihrem Auftrag und ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden wollen, müsste ein gemeinsames Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage grundsätzlicher und breiter ansetzen, in der Analyse tiefer bohren, in der Kritik entschiedener sein und in den Reformvorschlägen weiter führen als die Diskussionsgrundlage.

1.1 Fragestellung

Nach dem Titel soll sich das Wort der Kirchen auf die „Lage in Deutschland“ beschränken. Diese Blickverengung in einem der reichsten Länder der Erde muss zynisch wirken auf alle diejenigen, auf deren Ausbeutung unser Reichtum basiert. Zwar werden die Verantwortung für die eine Welt und damit der Nord-Süd-Zusammenhang an mehreren Stellen angesprochen (insbesondere Ziff. 27 bis 31 und 125), aber unzureichend. Statt die Ausbeutungsstrukturen schonungslos offenzulegen, werden lediglich mangelnde Entwicklungshilfe sowie Protektionismus beklagt. Vergeblich sucht man nach Hinweisen auf Verschuldung und Zinsströme von Süd nach Nord, dadurch erzwungene niedrige Rohstoffpreise und zu hohe Preise für unsere Waren, Kapitalabflüsse in den Norden und dort Verschwendung und verantwortungslos hohen Ressourcenverbrauch.

Wir schlagen deshalb vor, im Titel den Zusatz „in Deutschland“ zu streichen, so dass sich die Fragestellung auf unsere (deutsche) Verantwortung für die wirtschaftliche und soziale Lage nicht nur bei uns, sondern in allen von uns mit beeinflussten Ländern erstreckt und die schlimmsten Auswirkungen unseres Wirtschaftens stärker ins Blickfeld rücken. Zu überlegen wäre auch, ob nicht das statische und zu bloßer Beschreibung verleitende Wort „Lage“ durch „Verantwortung“ zu ersetzen wäre, um sich und anderen deutlich zu machen, dass das kirchliche Wort Orientierung geben soll.

1.2 Kurswechsel

Aus der Sicht der von uns ausgebeuteten Länder wie auch anderer Religionen, etwa des Islam, müsste die Selbstkritik der Christen viel radikaler sein und ein Schuldbekenntnis und einen Aufruf zum Kurswechsel enthalten. Unser Wirtschaftssystem ist ein unchristlicher Kapitalismus, der nur nach innen ein wenig sozial gezähmt, aber nach außen umso aggressiver ist. Es ist die Herrschaft des Götzen Mammon („Geld regiert die Welt“), der sowohl unser Bewusstsein und Verhalten als auch die wirtschaftlichen Strukturen prägt. Ein kirchliches Wort, welches dies nicht bloßlegt, sondern vernebelt, dient diesem Widergeist und sollte besser unterbleiben.

1.3 Weisheitsschätze

Wenn Kirchen sich äußern, ohne sich ihrer Weisheitsschätze zu entsinnen, geben sie den Menschen Steine statt Brot. Zu diesen Weisheitsschätzen gehören die mosaischen Gesetze über Zinsverbot, Erlassjahr und Halljahr, die bei Juden und Moslems stärkeres Interesse finden und auch uns zeigen könnten, wo Regelungen ansetzen müssen, damit die Wirtschaft nicht immer stärkere Ungleichgewichte erzeugt. Angesprochen ist damit unser Umgang sowohl mit Geld und Boden als auch mit Produktionsmitteln.

2 Rahmenordnung

Nähmen die Kirchen diese und andere vergessene Weisheitsschätze zur Hilfe und das, was dazu durch Jahrhunderte und Jahrtausende gedacht und geschrieben wurde, gelängen ihnen nicht nur eine vertiefte Analyse der wirtschaftlichen Wirkungszusammenhänge, sondern auch konkrete Folgerungen für eine zukunftsfähige Rahmenordnung.

2.1 Steuersystem

Ein erstes Element wird erfreulicherweise in Ziff. 90 der Diskussionsgrundlage zumindest ansatzweise aufgegriffen, wenn auch in der Tragweite wohl noch unterschätzt: Ein ökologisches Steuersystem, das schrittweise das bisherige ersetzt und damit nicht nur die Umwelt schont, sondern auch das Problem der Massenarbeitslosigkeit lindert. Statt Arbeit durch Steuern zu verteuern und damit Menschen zu hemmen, sich für andere nützlich zu machen, sollten Inanspruchnahme, Belastung und Verbrauch dessen Besteuerungsgrundlage werden, was allen gehört: Rohstoffe, Energie, Wasser, Luft und Boden. Freilich stellen nähere Ausgestaltung und Durchführung einer solchen Reform erhebliche Probleme, weswegen es wünschenswert wäre, dass sich das Wort der Kirchen diesem Thema breiter und gründlicher zuwendet.

2.2 Bodenordnung

In den Rahmen eines solchen Steuersystems würde sich nahtlos und folgerichtig einfügen, den Boden gegen ein laufendes Nutzungsentgelt zur Verfügung zu stellen, sei es durch eine die Bodenrente abschöpfende Grundsteuer oder durch Vergabe von Erbbaurechten gegen Erbbauzins. Obwohl wir seit Moses (Lev. 25) wissen, dass wir nur LehensnehmerInnen Gottes sind, haben wir den Boden zum privaten Spekulationsobjekt gemacht und lassen die entsprechend horrend gestiegenen Bodenrenten in private Taschen fließen. Die weit über 100 Mrd. DM pro Jahr in Deutschland aus Verzinsung und Steigerung der Bodenwerte müssten stattdessen als Grundsicherung kindererziehenden Eltern zur Verfügung gestellt werden, weil der Bodenwert von der Bevölkerungsdichte abhängt. Entsprechende Vorschläge der Bodenreformer vergangener Jahrzehnte, etwa von Henry George und Silvio Gesell, haben die Kirchen bis heute

nicht ernsthaft aufgegriffen, obwohl sie ihren eigenen Grundlagen entsprechen und ansatzweise auch der kirchlichen Erbbaurechtspraxis.

Dies wäre jetzt dringend nachzuholen und nicht nur beiläufig wie in Ziff. 90 der Diskussionsgrundlage. Die Probleme um soziale Grundsicherung und steigende Sozillasten (Ziff. 64 ff.), unbezahlbare Wohnungen (Ziff. 92f.) und Teuerungsraten lassen sich nur lösen, wenn die derzeitigen Privilegien aus Bodenbesitz schrittweise abgebaut werden. Dies erfordert eine langfristig angelegte Politik, wozu gerade die Kirchen Orientierung geben müssten.

2.3 Geldwesen

Für nicht erörterungsbedürftig halten die Autoren der kirchlichen Diskussionsgrundlage bezeichnenderweise das Geldwesen, obwohl überschuldete Familien, Firmenkonkurse, Staatsverschuldung, Zinsströme von arm zu reich, Inflation, Devisenspekulation und Geldwäsche genügend Anschauungsmaterial böten. Zu Recht beklagt das Papier einerseits Massenarbeitslosigkeit (3.1) und sich ausbreitende Armut (3.4) und andererseits Umweltzerstörung (3.5), stellt aber nicht die Frage, was denn die Wirtschaft immer tiefer in das Dilemma treibt, in sozialer Hinsicht zu schwach und ökologisch längst zu stark zu wachsen. Es ist das unzureichend geordnete Geldwesen, das diese zunehmenden Ungleichgewichte erzeugt.

Da sich Geld leihend und investierend nur zur Verfügung stellt, wenn es sich dabei durch Zins und Zinseszins vermehren kann, driften Geld und Bedarf immer weiter auseinander. Weil Geld dort schwindet, wo es gebraucht wird, kann notwendige Arbeit nicht bezahlt werden und verelenden die Ärmsten, solange die Wirtschaft nicht im Maße des Realzinssatzes wächst.

Der Zins lässt sich jedoch weder verbieten noch abschaffen oder begrenzen; denn er erfüllt zur Abdeckung von Risiken und Vermittlungskosten sowie als Inflationsausgleich und Knappheitsindikator wichtige Funktionen. Vermeidbar ist jedoch der Grundsockel des Realzinses in Höhe von 2 - 4 %, der nach Keynes eine Prämie für Liquiditätsverzicht ist. Der ausleihende und investierende Geldbesitzer lässt sich mit diesem Zinsbestandteil den „Joker-Vorteil“ des Geldes bezahlen, den nicht er, sondern die Gemeinschaft durch Rechtsordnung und Vertrauen täglich neu schafft und der deswegen der Gemeinschaft und nicht den zufälligen Geldbesitzern zufließen müsste.

Dieser monetäre Kern jeder Kapitalrendite könnte marktwirtschaftlich gegen null tendieren, wenn der „Joker-Vorteil“ des Geldes durch eine Liquiditätsabgabe neutralisiert würde. Sowohl die mit einem Schlagschatz (Geldsteuer) verbundenen Geldverrufungen im Hochmittelalter als auch erfolgreiche und deshalb verbotene regionale Experimente zwischen 1929 und 1933 (WÄRA, Wörgl) bestätigen die Schlüssigkeit dieses Konzepts wie auch die Tatsache, dass die größten Ökonomen dieses Jahrhunderts, Irving Fisher und J.M. Keynes, diesen Gedanken aufgriffen.

Geld ist ein öffentliches Transportmittel, das umlaufen muss, um seine Funktion zu erfüllen, und immer dort, wo Bedarf ist, zur Verfügung stehen sollte. Ähnlich wie eine Standgebühr bei Güterwaggons könnte eine Liquiditätsabgabe zum Weitergeben anreizen, so dass sich Geld kaufend, auch ohne Realzins leihend bzw. investierend und auch schenkend anbietet. Neben dem Kaufen und Leihen braucht die Gesellschaft auch das Schenken, nicht nur zugunsten Bedürftiger, sondern für alle kulturellen Leistungen. Da sich das fehlkonstruierte Geld jedoch im Leihen alchimistisch vermehren lässt, legt sich das Schenken ökonomisch nicht nahe. Was tief befriedigend sein könnte, nämlich für selbstgewählte Zwecke zu schenken, wird durch eine staatliche Zwangsschenkungsapparatur mittels Steuern erpresst, wird zum Ärgernis ersten

Ranges und zum Gängelband für Kultur und Bildungswesen.

Die Kirchen hätten allen Grund, das Geldwesen zu einem Schlüsselthema ihrer wirtschafts- und sozialetischen Überlegungen zu machen, weil ihnen seit Moses die Erkenntnis mitgegeben wurde, dass es unrecht ist, beim Leihen mehr zurückzuverlangen als man gegeben hat. Da der Mensch darauf angelegt ist, Schulden zu machen (Generationenvertrag) wie auch schuldig zu werden, ist es eine zentrale Frage gesellschaftlicher Ordnung, ob das Leihen, das Sich-miteinander-ausgleichen in der Zeitdimension, zum einseitigen Ausbeutungsinstrument wird, indem wir unseren zeitlichen Vorsprung zu Geld machen. Christus setzt das Zinsverbot voraus, wenn er darüber hinaus fordert, auf die Rückgabe des Verliehenen gegebenenfalls zu verzichten (vgl. Erlassjahr), aus eigenem Überfluss zu schenken und sich Entbehrliches wegnehmen zu lassen (s. Luk. 6, 35, Matth. 5, 40-42).

Von dieser moralischen Höhe wirtschaftlichen Miteinanders sind wir meilenweit entfernt - so weit, dass Kirchen nicht einmal mehr solche Gebote als Orientierung zu zitieren wagen. Dass kirchliche Stellungnahmen seit über hundert Jahren das Geldthema verschweigen, spiegelt die eigene Verstrickung wider und verfestigt die Vorherrschaft des Götzen Mammon. Die fatale Verquickung der Zinsfrage mit der Leidensgeschichte der Juden und der prompte Missbrauch dieses Themas durch den Nationalsozialismus haben diese Problematik vollends tabuisiert. Statt erneut Not und Verzweiflung auf einen Sündenbock abzuladen, sollte gerade die furchtbare Vergangenheit Antrieb sein, den Strukturfehler des Geldwesens endlich zu beheben und uns aus einer mammonistischen Drogensucht zu befreien.

Ob eine Liquiditätsabgabe tatsächlich eine geeignete Lösung darstellt oder ob es bessere gibt, den Zinseszineffekt zu vermeiden, wird sich herausstellen, wenn wir das Geldproblem endlich als solches erkennen und auf die Tagesordnung setzen. Solange dies nicht geschieht, ist die weitere und dramatische Zuspitzung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme vorprogrammiert; denn eine auf Zinseszins basierende und deswegen auf exponentielles Wachstum angelegte Wirtschaft muß mit mathematischer Zwangsläufigkeit kollabieren.

3 Perspektiven

Die drei zuvor genannten Reformprojekte zu Steuersystem, Bodenordnung und Geldwesen lösen nicht automatisch alle Probleme, sondern verhindern eine weitere Verschlimmerung, machen die wirtschaftlichen Probleme lösbar und eröffnen Perspektiven.

3.1 Entwicklungen

Folgende Entwicklungen würden möglich (tendenziell gefördert):

- der Zwang zu exponentiellem Wachstum entfiere,
- Selbstbeschränkung würde die Wirtschaft nicht mehr in eine Rezession stürzen,
- Konjunkturschwankungen wären vermeidbar,
- die Währung könnte stabilisiert werden,
- die Gründung selbständiger Existenzen würde erheblich erleichtert und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen,
- die Zahl der Konkurse nähme ab,
- der Druck, menschliche Arbeitskraft durch Produktionskapital zu ersetzen, würde gemindert,
- der Konzentrationsprozess in der Wirtschaft würde gestoppt,

- die Industrialisierung der Landwirtschaft würde nicht weitergetrieben,
- sanfte Technologien würden sich rechnen,
- Einsparungen von Ressourcen würden lohnender als Umweltreparatur,
- kleinräumige Wirtschaftskreisläufe würden attraktiver,
- eine Grundsicherung würde finanzierbar, die es jedem Menschen freistellt, ob und wie viel er arbeitet,
- Familien mit Kindern erhielten vollen Lastenausgleich,
- die Fortbildung gewänne mehr Raum, das Sabbatjahr würde als ergiebige Quelle persönlicher und gesellschaftlicher Erneuerungsimpulse entdeckt,
- statt Rendite würde die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse Ziel und Maßstab wirtschaftlicher Aktivitäten,
- Qualitätsarbeit würde Wegwerf- und Verschleißprodukte verdrängen,
- die Schenkbereitschaft zugunsten von Bildungswesen und Kultur würde wachsen und diese Bereiche zunehmend in finanzielle Selbständigkeit überführen,
- der Staat würde von wirtschaftslenkenden, sozialen und Kulturaufgaben erheblich entlastet, die Steuern könnten schrittweise gesenkt werden,
- arm und reich würden nicht leistungslos weiter auseinanderdriften,
- ein Ausgleich zwischen reichen und armen Ländern würde möglich, soziale Spannungen gemindert, Armutswanderungen gebannt und äußere Abschirmung, militärische Rüstung und Kriege allmählich entbehrlich.

3.2 Unternehmensverfassung

Wenn durch eine Geldreform der Grundsockel im Zins entfiel und damit auch die Untergrenze akzeptabler Kapitalrendite, würden sich Investitionen auch bei null Prozent Rendite lohnen, weil der Geldbesitzer auf diese Weise der Liquiditätsabgabe entgeht. Unternehmerlohn, eine Mindestabdeckung des Risikos und eventuell ein Knappheitsgewinn würden ausreichen, um genügend Kapital für Investitionen anzulocken. An die Stelle der Rendite, die der Kapitalgeber bisher leistungslos den Betrieben entzieht, träten als Unternehmensziele die Sicherheit der Arbeitsplätze für die Mitarbeiter und die Befriedigung der Bedürfnisse der Abnehmer. Das hätte Folgen für die Unternehmensverfassung und die Kooperation zwischen Produzenten und Konsumenten.

Das in der Diskussionsgrundlage unter Ziff. 43 und 122 genannte Instrument, Arbeitnehmer am Produktivvermögen zu beteiligen, bleibt ohne eine darüber hinausweisende Perspektive ein fragwürdiger Schritt, der die Arbeiterschaft in das kapitalistische Denken einbezieht. Da ein Betrieb das Ergebnis aller Arbeit ist, die dort jemals geleistet wurde, wirkt es zerstörend, wenn man Kapitalanteile beim Ausscheiden mitnehmen und verkaufen kann. Die Verkäuflichkeit von Betrieben ist moderner Sklavenhandel, den Kirchen in längerfristiger Perspektive nicht hinnehmen sollten.

In einem Betrieb sollten nur diejenigen das Sagen (und nicht nur Mitbestimmung im Sinne der Ziff. 126) haben, die darin arbeiten, und dies in enger Absprache mit Lieferanten und Kunden. Allen ist gedient, wenn die unternehmerischen Funktionen von den dafür Fähigsten ausgeübt werden. Was spricht dagegen, den Freiraum, den Unternehmertätigkeit braucht, auf Zeit zu vergeben? Im Übrigen hätten die in einem Betrieb Arbeitenden sich über die Aufteilung des Betriebsergebnisses zu verständigen. Wichtig ist, dass niemand, der den Betrieb verlässt, sei es als ArbeiterIn oder UnternehmerIn, einen Anteil mitnehmen kann, sondern alles denen überlassen muss, die es bis dahin gebracht haben und weiterarbeiten wollen. Deshalb ist sowohl die Stiftung als auch der wirtschaftliche Verein eine im Ansatz sachgerechte Unternehmensverfassung. Ziel

wäre es, dass das Unternehmen quasi sich selbst, den jeweils darin Arbeitenden und keinem Außenstehenden gehört.

3.3 Assoziation

Das Verhältnis von Freiheit, Solidarität, Verantwortung und sozialer Gerechtigkeit im Wirtschaftsleben (4.1 und 4.2) wäre noch gründlicher zu bedenken. Da in einer arbeitsteiligen Wirtschaft jede/r objektiv für andere arbeitet, ist Wirtschaft der Lebensbereich, in dem sich Geschwisterlichkeit und Solidarität entfalten könnten und sollten. Wer sich wirtschaftlich betätigen will, fragt sinnvollerweise nach den Bedürfnissen anderer Menschen und versucht, diese zu befriedigen.

Ihren sozialen Charakter kann Wirtschaft allerdings nur dann gewinnen, wenn Art und Umfang der Arbeit für andere jedem freisteht und weder vom Staat noch durch Existenznot erzwungen wird. Entgegen Ziff. 119 und 123 f. (Warnung vor Individualismus und falscher Bequemlichkeit) brauchen wir nicht so sehr Mahnungen zur Arbeit, sondern eine Grundsicherung für jeden, so dass Arbeit und Einkommen allmählich entkoppelt werden. Denn wie jeder ehrenamtlich Tätige feststellen kann, findet nützliche Arbeit ihren Anreiz und Lohn in sich selbst. Wer seine materielle Existenz gesichert weiß, kann sich umso freier für andere Menschen nützlich machen und findet darin Lebenssinn, so dass die Wegrationalisierung seines Arbeitsplatzes ihn nicht in Perspektivlosigkeit stürzt.

Die Diskussionsgrundlage folgert aus dem Freiheitsprinzip stattdessen, dass Wirtschaft auf Wettbewerb angelegt sei. So richtig es ist, dass sich in der Wirtschaft die vielen Bedürfnisse und Leistungen einzelner Menschen begegnen, so notwendig ist eine Verständigung hierüber. Die massenhafte Produktion von Modischem und Überflüssigem, den Menschen durch Werbung aufgenötigt und alsbald weggeworfen, so dass Abfall zum umweltgefährdenden Kennzeichen unserer Zeit wurde, ist auf einer Erde mit begrenzten Ressourcen nicht länger tragbar. Da wir nur durch Verzicht zu einem Ausgleich mit jenen 80% der Weltbevölkerung kommen, denen wir bislang 20% des Ressourcenverbrauchs zubilligen, müssen Konkurrenz und Verdrängungswettbewerb langfristig durch ein anderes Prinzip ersetzt werden, das der Assoziation, der Verständigung zwischen den Wirtschaftsteilnehmern.

Der Vertrag ist ja schon jetzt Merkmal des Wirtschaftslebens und wird noch viel stärker zur Geltung kommen müssen, insbesondere durch Einbeziehung der Konsumenten in wirtschaftliche Entscheidungen. Die Verantwortung und Einflussmöglichkeiten der Verbraucher klarzustellen, wäre deshalb ein wichtiges Thema für das geplante Kirchenwort. Zu Abschnitt 4.1 schlagen wir deshalb eine Akzentverschiebung vor: Nicht die (durch Solidarität und Verantwortung begrenzte) „Freiheit des Wettbewerbs“, sondern die „freiwillige Solidarität“ sollte Leitbild des Wirtschaftslebens werden. Voraussetzung dafür ist eine Rahmenordnung, die Privilegien an Gemeinschaftsgütern wie Geld und Boden vermeidet und Raum bietet zur Entfaltung von Solidarität, statt ständig nur an den Egoismus im Menschen zu appellieren.

4 Schritte

4.1 Bildungsarbeit

Die notwendigen Impulse für eine soziale Gestaltung der Wirtschaft können nur aus einem freien und unabhängigen Geistesleben kommen. Wer Freiheit will, sollte den Staat darauf beschränken, eine sachangemessene Rahmenordnung zu setzen, und muss Kultur und Bildungswesen aus

staatlicher (und letztlich wirtschaftlicher) Gängelung befreien. Soziales kann sich nur entfalten, wenn Menschen sich frei zu dem entwickeln können, was an besten Kräften in ihnen ruht, statt sie daraufhin zuzurichten, dass sie in einer krebskranken Wirtschaft funktionieren. Aber genau darauf läuft unser Bildungswesen hinaus (dies als kritische Ergänzung zu Ziff. 97-99).

Mit Recht mahnt die Diskussionsgrundlage im Abschnitt 4.3, dass die Wirtschaft ihre Grenzen wahren müsse und dass die ökonomischen Zwänge nicht störend und zerstörerisch in andere Lebensbereich eindringen dürften. Hier wäre noch ein größeres Maß an Unabhängigkeit der Kultur von der Wirtschaft zu wünschen, als es der vorliegende Text fordert. Wie sehr sich die Wirtschaft der Kultur bemächtigt hat, zeigen u.a. die vielfältigen Formen, in denen Kultur als Werbeträger instrumentalisiert wird. Erschrecken muss auch, dass die Kreativsten eines jeden Jahrgangs von der Werbewirtschaft aufgesogen und zur Verdummung statt zur Höherentwicklung der Menschen eingesetzt werden.

Wer sich unter den Bildungsinstitutionen wenigstens von den Kirchen ein unabhängiges Wort zur Wirtschaft erhofft, wird leider meistens enttäuscht, so auch von der Diskussionsgrundlage. Gegenüber einem nun wirklich zerstörerischen Wirtschaftssystem, das im Blick auf die gequälte Natur, die Hungertoten und künftige Generationen verbrecherisch genannt werden muß, äußern sich selbst kirchliche Stellen verhalten, „ausgewogen“ und systemkonform. Der allzu enge Kontakt mit Politik und Wirtschaft und insbesondere wohl die Abhängigkeit von staatlicher Kirchensteuereinzahlung machen sie lau. Auf das, was an der Basis an Erkenntnissen und neuen Wegen solidarischen Miteinanders erprobt wird, vernimmt man keine Resonanz. Kirchen, die ihr prophetisches Wächteramt nicht wahrnehmen, dürfen sich nicht wundern, dass ihnen die Menschen davonlaufen.

4.2 Demokratie

Von Ministerialbeamten und Parlamentariern, die sich im Netz immer komplizierter gewordenen Rechts der Umwelt- und Sozialreparatur verfangen haben, ist weder Zeit noch Einsicht, geschweige denn Kraft für grundlegende und langfristige Reformschritte zu erwarten. Deswegen ist es an der Zeit, den durchaus problembewusst gewordenen Menschen Gelegenheit zu geben, über wichtige Weichenstellungen selbst zu entscheiden. Volksinitiative, -begehren und -entscheid endlich auch auf Bundes- wie auch auf europäischer Ebene einzuführen, sollte deshalb Anliegen der Kirchen werden, zumal dieses Instrumentarium auch ihnen neue Wege eröffnen würde, zu einer gerechten Gesellschaftsordnung beizutragen.

4.3 Initiativen

Die Kirchen sollten Resonanzboden all derjenigen Initiativen sein, die sich im Sinne der Bergpredigt auf den Weg gemacht haben und alternative Formen des wirtschaftlichen Miteinanders ausprobieren, z.B.

- selbst verwaltete Betriebe,
- Wirtschaft der Gemeinschaft,
- Stiftungsunternehmen,
- Leihgemeinschaften,
- ökumenische Entwicklungsgenossenschaft (EDCS),
- Ökobank,
- GLS Gemeinschaftsbank,
- Geldberatungsgenossenschaften,
- Tauschringe,

gemeinsame Wohnprojekte,
 Energie- und Umweltzentren,
 Naturläden,
 Produktions- und Verbrauchergemeinschaften,
 Ökodörfer, Lebensgüter, Lebenshäuser und -gärten, Kommunen u.ä.

Diese beachtliche Bewegung, die Ideen sichtbar macht und in kleinen, aber eindrucksvollen Ansätzen Zukunft bahnt, findet im vorliegenden Papier leider kaum Niederschlag. Auf solche und viele andere Modellprojekte hinzuweisen, sie zu bestärken und zu fördern sowie andere Menschen zu ermutigen, Ähnliches zu versuchen, darin läge eine wichtige Aufgabe eines kirchlichen Wortes zur wirtschaftlichen und sozialen Lage, das Richtung weisen will. Darüber hinaus sollten die Kirchen als Arbeitgeber, Vermögenseigentümer und Vermieter Pilotfunktionen übernehmen.

Wir sind gern bereit, unsere Änderungs- und Ergänzungsvorschläge schriftlich oder in Gesprächen und Veranstaltungen näher zu erläutern. Auf ein paar zur Vertiefung geeignete Bücher erlauben wir uns hinzuweisen:

- | | |
|-----------------------------|---|
| Helmut Creutz: | Das Geldsyndrom. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft. München 1993. |
| Udo Herrmannstorfer: | Schein-Marktwirtschaft. Die Unverkäuflichkeit von Arbeit, Boden und Kapital. Stuttgart 1991. |
| Margrit Kennedy: | Geld ohne Zinsen und Inflation. Ein Tauschmittel das jedem dient. München 1991. |
| Dieter Suhr/Hugo Godschalk: | Optimale Liquidität. Eine liquiditätstheoretische Analyse und ein kreditwirtschaftliches Wettbewerbskonzept. Frankfurt a.M. 1986. |